

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse und sämtliche Zuhörer zur öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende die Mitglieder des Gemeinderats sowie alle anwesenden Damen und Herren sich anlässlich des Amoklaufs in Winnenden mit zahlreichen Toten von den Plätzen zu erheben und den Verstorbenen zu gedenken.

Er weist darauf hin, dass für den heutigen Tage Trauerbeflaggung in der Gemeinde wie auch in ganz Deutschland angebracht wurde.

Des Weiteren informiert der Vorsitzende die Zuhörer, dass in nichtöffentlicher Sitzung das Bürgerfest 2009 (mit Programm) sowie die Sicherung der Rücklagen heute noch behandelt werden. Die Gemeinde wird zu gegebener Zeit diesbezüglich entsprechende Bekanntmachungen tätigen.

Anschließend verweist der Vorsitzende auf den Sachstandsbericht des Geschäftsführers der GEOVOL Unterföhring GmbH, Herrn Lohr, am 09.03.2009 in der Gemeinderatsvorinformation und ergänzt, dass der Bohrturm für die zweite Bohrung zwischenzeitlich bereits umgesetzt wurde.

Weiter wird berichtet, dass verschiedene Anträge bei der Gemeinde eingegangen sind, die in den nächsten Sitzungen behandelt werden, so z. B. der Antrag der SPD-Fraktion vom 16.02.2009 auf einen Sonnen-/Regenschutz auf dem Schulhof der Grundschule, weiter der Antrag der Agenda 21 Unterföhring vom 03.03.2009 zur Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses hinsichtlich des Abrisses der Immobilie mit Garage an der Blumenstraße 34 (Eulitzhaus) sowie von ihm selbst der Tagesordnungspunkt Geschwindigkeitsbegrenzungsantrag auf der A99 eingebracht werde.

Ansonsten werden in der öffentlichen Sitzung keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung erhoben.

183

20

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Die in den nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse vom 13.11.2008, Nr. G 107, vom 11.12.2008, Nr. G 119, vom 15.01.2009, Nr. G 140, und vom 27.01.2009, Nr. G 145, werden in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen und sind damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

- siehe Beilage -

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 12.02.2009

184 20 Beschluss: 20 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 12.02.2009, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wurde genehmigt.

Der Vorsitzende weist allgemein darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 3 bis einschließlich 6 der heutigen Tagesordnung ursprünglich bereits in der Gemeinderatssitzung vom 12.02.2009 auf die Tagesordnung gesetzt wurden und deshalb gemäß den Vorgaben der Geschäftsordnung an den Anfang der heutigen Sitzung gestellt wurden.

Einführung von Bewohnerparkausweisen; Entwurf einer verkehrsrechtlichen Ausnahmeregelung für Anwohner

Der Bürgermeister bringt in Erinnerung, dass der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss in seiner Sitzung am 16.12.2008 die Einführung von Ausnahmegenehmigungen für Anwohner beschlossen hat und somit der Einführung von Bewohnerparkzonen nicht zugestimmt hat. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschussbeschluss vom 16.12.2008, Nr. 76, wird bekannt gegeben.

Der Untersuchungsbericht des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum, Stand Februar 2008, und der Lageplan mit den Handlungsempfehlungen, Stand Dezember 2008, wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Frau Kastrup vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum (PV) hat in der Gemeinderatsvorinformation am 09.03.2009 den Gemeinderatsmitgliedern ausführlich die Untersuchung und die Handlungsempfehlung, keine Satzung zu erlassen, gegeben, da der Gemeinde hier die notwendige Rechtsgrundlage fehlt.

Folgenden Vorschlag hat Frau Kastrup, Planungsverband, Stand 09.03.2009, als Diskussionsgrundlage für den Gemeinderat ausgearbeitet:

1. Wer ist antragsberechtigt?

	Bemerkungen
Natürliche Personen =Fahrzeughalter	Es ist eine Regelung für Leasingfahrzeuge erforderlich.
Juristische Personen bzw. Gesellschaften (Firmen)	Es ist zu entscheiden, ob auch Firmenwagen einbezogen werden sollen.
alle volljährigen	Nicht mehr im Haushalt lebende Kinder, die ihren

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Personen mit Hauptwohnsitz	Hauptwohnsitz an anderer Stelle haben, sind nicht antragsberechtigt
Alle volljährigen Personen mit Nebenwohnsitz	Es entsteht eine erhöhte Zahl an Berechtigten (z.B. Kinder, die nicht mehr im Haushalt leben, Lebensgefährten)

2. Welche Fahrzeugarten werden in die Regelung einbezogen werden?

	Bemerkungen
Pkw	Einbeziehung sinnvoll
Motorräder u.ä.	Einbeziehung sinnvoll
Wohnmobile, Anhänger und sonstige Sonderfahrzeuge	Einbeziehung prüfen
Lkw über 3,5 t	Einbeziehung prüfen, erscheint aber nicht zielführend, weil dadurch die Parkplatzsituation verschärft werden könnte

3. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein Ausweis gewährt wird?

	Bemerkungen
Nachweis über fehlende Stellplätze auf dem Grundstück	<p>Bei Eigentümern: Feststellung der Anzahl der nachzuweisenden Stellplätze auf Grund der Anzahl und Größe der Wohnungen je Gebäude anhand der Bauakten (unterschiedliche Stellplatzanforderungen auf Grund des Zeitpunktes der Errichtung des Gebäudes sind dabei zu berücksichtigen; Bestandsbauten) oder Ermittlung der Zahl der tatsächlich vorhandenen Stellplätze durch Ortsbegehung (sofern die Stellplatzanforderung nicht erfüllt ist, besteht für die Bauaufsichtsbehörde auch die Möglichkeit, hierauf hinzuwirken). Dokumentation des Ist-Zustandes (zum Nachweis bei Veränderungen).</p> <p>Bei Eigentumswohnungen: Vorlage des Kaufvertrags (Stellplatz im Vertrag enthalten? Stellplatz grundsätzlich auf Grundstück vorhanden?)</p> <p>Bei Mietern: Vorlage des Mietvertrags (Stellplatz im Vertrag enthalten? Stellplatz grundsätzlich auf Grundstück vorhanden?)</p>

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd. Nr. Anwe- send

Vortrag - Beschluss

	Ein Stellplatzdefizit auf Grund von Vermietung oder Verpachtung der Stellplätze sollte ausgeschlossen werden.
--	---

4. Sonstiges

	Bemerkungen
Geltungszeitraum	z.B. ein Jahr
Bindung des Ausweises an das Kennzeichen	keine Übertragbarkeit auf andere Fahrzeuge Neubeantragung bei Fahrzeugneukauf
Kosten für die Ausweisvergabe	z. B. 30,- € jährlich
Organisatorischer Rahmen	<p>Erlass eines Eckpunktekataloges durch den Gemeinderat:</p> <p>A: Zielsetzung (Parkraumbewirtschaftung, insbesondere für Anwohner)</p> <p>B: Geltungsbereich: Bahnhofstraße ab Schulstraße bis S-Bahnhof, Sudetenstraße, Feldstraße, Egerlandstraße, Gartenstraße, Tulpenstraße, Schulstraße</p> <p>C: Antragsberechtigung je Haushalt, gemeldet etc.</p> <p>D: Antragsunterlagen</p> <p>E: Fahrzeuge inkl. Anzahl je Wohneinheit, Zweitfahrzeug usw.</p> <p>F: Laufzeit, Befristung</p> <p>G: ...</p> <p>z. B.</p> <p>Einteilung ausschließlich nach Straßen: Bahnhofstraße ab Schulstraße bis S-Bahnhof, Sudetenstraße, Feldstraße, Egerlandstraße, Gartenstraße, Tulpenstraße, Schulstraße</p> <p>Alternativ: Zusammenfassung von Straßen in Zonen: Zone A: Bahnhofstraße Ost, Sudetenstraße, Egerlandstraße, Feldstraße Zone B: Bahnhofstraße Mitte, Gartenstraße, Tulpenstraße, Schulstraße</p>
Satzungs- bzw. Regelungsvorschrift	Keine Rechtsgrundlage für Erlass einer Satzung gegeben
Beschilderung	Hinweis: Bei Festlegung des räumlichen Geltungsbereichs sollte ohne zusätzliche Straßenbeschilderung geachtet werden. Nach einem Erprobungszeitraum von evtl. einem Jahr, weiteres Vorgehen festlegen.

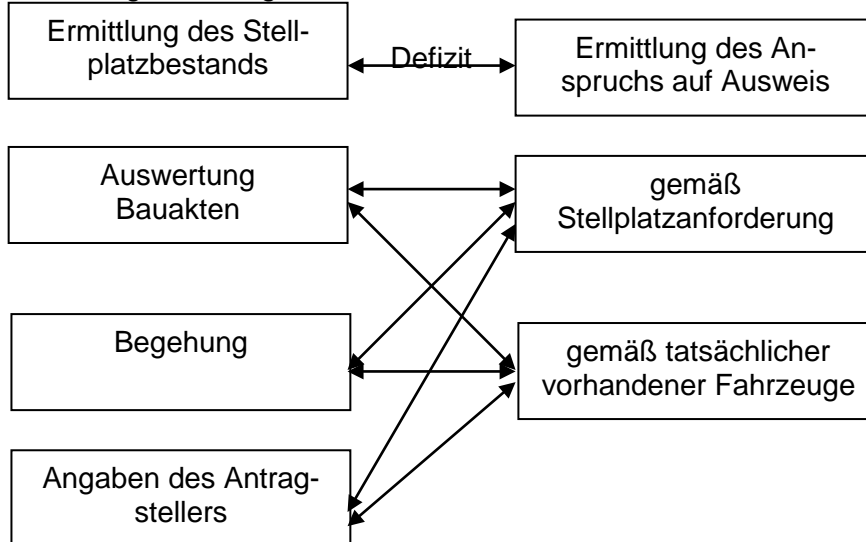
13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

	Die bisherige Parkzeit- und Haltverbotsregelung ohne Änderung bestehen lassen (Parkzeit 8.00 bis 16.00 Uhr)
--	---

Vorschläge zur Vergabe:



a)

Je Hausnummer wird das Stellplatzdefizit wie unter Punkt 3 beschrieben ermittelt. Liegt ein Stellplatzdefizit vor, erhalten Fahrzeughalter mit Hauptwohnsitz (inkl. Leasingfahrzeuge und ggf. Firmenfahrzeuge, Wohnanhänger, Motorräder, Zweitwagen usw.) Ausweise in der Anzahl, die „ihrem“ Stellplatzdefizit gemäß gemeindlicher Stellplatzanforderung oder entsprechend der zum Zeitpunkt der Gebäudeerstellung geltenden Stellplatzregelung entsprechen.

b)

Je Hausnummer wird die Zahl der auf dem Baugrundstück zum Erhebungszeitpunkt vorhandenen Stellplätze (oberirdische Stellplätze und Garagen) erfasst. Liegt ein Stellplatzdefizit vor, erhalten Fahrzeughalter mit Hauptwohnsitz (inkl. Leasingfahrzeuge und ggf. Firmenfahrzeuge) Ausweise für die Zahl der Fahrzeuge, für die auf dem Grundstück keine Stellplätze vorhanden sind. Vorgelegte Miet- und Kaufverträge werden dabei entsprechend berücksichtigt.

Die Ausweise werden ohne zahlenmäßige Begrenzung oder auch begrenzt auf einen oder zwei Ausweise je Haushalt (abgeschlossene Wohneinheit) ausgestellt.

Eine Kombination aus den Vorgehensweisen ist möglich.

Auf mögliche Probleme wird im Vorfeld hingewiesen:

- Es können Konflikte in Bereichen mit temporär hohem Kurzzeitparkaufkommen (Schule, Kindergarten) entstehen, wenn diese Stellplätze dauerhaft von Anwohnern belegt werden. Die betreffenden Bereiche, z.B.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Teilstrecken der Schulstraße oder Bahnhofstraße sollten (ggf. zu bestimmten Zeiten vom Anwohnerparken) ausgenommen sein.

- Der Parkausweis bietet keine Parkmöglichkeiten für Besucher.
- Der Parkausweis begründet kein Recht auf einen Stellplatz. Daher tritt möglicherweise keine Entspannung in der Parkraumsituation ein. Die durch eine Parkzeitbegrenzung entfallenden Parker werden unter Umständen durch dauerparkende Anwohner ersetzt.
- Hinweis: Diese Regelung berührt nicht die Stellplatzpflicht nach baurechtlichen Vorschriften.

Die Polizeiinspektion 26 erachtet es für nicht erforderlich, die vorgesehene Ausnahmegenehmigungsregelung einzuführen, weil dadurch keine Lösung von Parkplatzkonflikten zu erwarten ist.

Von Herrn Ersten Bürgermeister Schwarz wird noch angeregt, eine Ergänzung im Straßenbereich vorzunehmen, nämlich die Johanneskirchner Straße (Teilbereich Bahnhofstraße bis Feldstraße, Maibaum) sowie die Blumenstraße (Teilbereich Johanneskirchner Straße bis Feldstraße).

Von Frau Michal wird angeregt, auch die Ringstraße in den Bereich der Ausnahmegenehmigungen hineinzunehmen.

Der Vorsitzende lässt über die Aufnahme der Ringstraße in den Bereich der Ausnahmegenehmigungen abstimmen.

185 20 Beschluss: 8 : 12

Der Gemeinderat spricht sich für eine Aufnahme der Ringstraße in den Bereich, in welchem Ausnahmegenehmigungen für Anwohner gemäß § 46 StVO eingeführt werden, aus.

Nachdem dieser Antrag von Frau Michal keine Mehrheit findet, ist er abgelehnt.

Im Anschluss daran lässt der Vorsitzende über den ergänzten Vorschlag der Verwaltung abstimmen.

186 20 Beschluss: 17 : 3

Der Gemeinderat stimmt der Einführung von Ausnahmegenehmigungen für Anwohner gemäß § 46 StVO für folgende Straßen zu:

- a) Sudetenstraße,
- b) Egerlandstraße,
- c) Feldstraße,
- d) Gartenstraße,
- e) Schulstraße,

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- f) Tulpenstraße,
- g) Bahnhofstraße ab Schulstraße bis S-Bahnhof (Kreisel),
- h) Johanneskirchner Straße (Teilbereich Bahnhofstraße bis Feldstraße, Maibaum),
- i) Blumenstraße (Teilbereich Johanneskirchner Straße bis Feldstraße).

Zur Vergabe der Ausnahmegenehmigungen wird ein Eckpunktekatalog auf der Grundlage des Vorschlages des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum, München, vom 09.02.2009 erarbeitet. Dieser Verkehrsversuch wird bis zum 31.12.2010 befristet. Die Kosten je Ausnahmegenehmigung werden bis 31.12.2010 mit insgesamt 30,- € festgesetzt.

Diese Regelung berührt nicht die Stellplatzpflicht nach baurechtlichen Vorschriften.

Az.:1401

3.1; 3.2; 1.2; 2.1; KVÜ

EG-Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG – Lärmaktionsplanung an der Staatsstraße in Unterföhring; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister berichtet, dass nach der EG-Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG, Stand 25.06.2002, bei Hauptverkehrsstraßen die Erstellung eines Lärmaktionsplanes überprüft werden muss.

Das von der EU geforderte Vorgehen zur Umsetzung der Richtlinie ist zweistufig angelegt. In der ersten Kartierungsphase (Stufe 1) sind bis 2007 große Ballungsräume, stark befahrene Verkehrswege und Großflughäfen ausgearbeitet worden. In der 2. Stufe werden bis Mitte 2012 die Untersuchungen auf kleinere Ballungsräume und geringer frequentierte Hauptverkehrsstraßen und Haupteisenbahnstrecken ausgeweitet.

Nach dem Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, Stand 24.06.2005, liegt nach § 47 e Absatz 1 die Zuständigkeit zur Aufstellung des Lärmaktionsplanes bei den Gemeinden, sofern nach Landesrecht keine andere Behörde festgelegt wurde. Die Bayerische Staatsregierung hat am 01.07.2008 beschlossen, die Gemeinden dabei zu entlasten und deshalb durch die Änderung des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes den Vollzug in Bayern folgendermaßen geregelt:

Die Erstellung der Lärmkartierung erfolgt durch das Landesamt für Umwelt (LfU) und wird den Gemeinden kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Lärmaktionsplanung für Bundesautobahnen, Haupteisenbahnstrecken und Großflughäfen ist durch den Freistaat Bayern (Bezirksregierungen) durchzuführen von den jeweiligen Regierungen. Damit liegt die Zuständigkeit bei den Kommunen zur Durchführung einer Lärmaktionsplanung für die Bundes- und Staatsstraßen.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Folgende Richtwerte wurden für die Bestimmung der Lärmbrennpunkte festgelegt:

- L_{DEN} (Tag-Abend-Nacht-Lärmindex = 24h-Wert) > 70 dB(A) und/oder L_{night} (Nachtlärmindex) > 60 dB(A)
- mehr als 50 Einwohner sind im Zusammenhang davon betroffen.

Nachdem das Landesamt für Umweltschutz (LfU) die Lärmkartierung bis Juni 2007 durchgeführt hat, wurden im Juli 2008 die festgestellten Lärmbrennpunkte veröffentlicht. Bei insgesamt 79 Gemeinden in Bayern wurden Überschreitungen der Richtwerte kartiert. In der Gemeinde Unterföhring werden ausschließlich an der Münchner Straße (Staatsstraße 2053) die Richtwerte überschritten. Aus diesem Grund wurde überprüft, ob ein Aktionsplan erstellt werden muss.

Folgende Maßnahmen zur Lärminderung an der Münchner Straße (Staatsstraße 2053) bestehen bzw. sind geplant:

- Im Oktober 2006 Einführung der Ortsbuslinie 232 zur Stärkung des ÖPNV und Reduzierung des Individualverkehrs
- Lärmsanierungsprogramm des staatlichen Bauamtes Freising (finanzielle Förderung von Fensteraustausch bis zu 75 %)
- Festsetzung von schallschutztechnischen Auflagen beim Bauleitplanverfahren
- Asphaltierung des Straßenbelags auf der Münchner Straße zwischen Rathaus und Föhringer Ring im Zeitraum 2008 - 2009

Weitere Lärminderungsmaßnahmen an der Münchner Straße sind vorerst nicht geplant und vom staatlichen Bauamt Freising in absehbarer Zeit nicht vorgesehen.

Durch die aktuelle Bestandsaufnahme der Situation im Bereich der Münchner Straße wird folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

Zum Schutz der Bürger wird aktuell zwar keine Lärmaktionsplanung durchgeführt, da keine weiteren Lärminderungsmaßnahmen in absehbarer Zeit vorgesehen sind, jedoch wird die Verwaltung beauftragt, eine Verkehrszählung mit Lärmmessungen in einem repräsentativen Zeitraum (Frühjahr / Herbst, an Werktagen / an Sonntagen) bezüglich der Münchner Straße durchführen zu lassen. Damit kann die tatsächliche Lärmbelastung ermittelt werden und ist zukünftig nützlich für weitere Planungen bezüglich der Lärminderung.

187 20 Beschluss: 20 : 0

Bevor die Ergebnisse der Verkehrszählungen und Lärmmessungen nicht vorliegen, wird von der Gemeinde kein Lärmaktionsplan aufgestellt. Es ist eine Verkehrszählung verbunden mit Lärmmessungen in einem repräsentativen Zeitraum bezüglich der Münchner Straße durchzuführen. Ein geeignetes Fachbüro ist zu beauftragen und die entstehenden Kosten sind auf der Haushaltsstelle 1141.5932 zu verbuchen.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Entscheidung des Gemeinderates ist der Regierung von Oberbayern mitzuteilen.

Az.: 171
3.3; 3.0; 2.0

Antrag der AGENDA 21 Unterföhring auf Erlass einer Baumschutzverordnung

Der Antrag der AGENDA'21 Unterföhring vom 30.01.2009 und der Entwurf der Verordnung der Gemeinde Unterföhring über den Schutz des Bestandes an Bäumen (Baumschutzverordnung), Stand: 05.03.2009, wurden den Mitgliedern des Gemeinderates zugestellt.

Von Herrn Prieler wird der Antrag auf Nichtbehandlung nach der Geschäftsordnung gestellt.

188 20 Beschluss: 8 : 12

Der Gemeinderat lehnt die erneute Behandlung dieses Tagesordnungspunktes ab.

Nachdem dieser Antrag des Herrn Prieler keine Mehrheit fand, ist er abgelehnt.

Der Bürgermeister erinnert in dem Zusammenhang an die wiederholte Behandlung des Themas „Erlass einer Baumschutzverordnung“ im Gemeinderat und im Umweltausschuss seit 1986, zuletzt im Gemeinderat am 09.02.2006 behandelt. Der Tagesordnungspunkt wurde in dieser Sitzung auf Antrag aus der Mitte des Gemeinderates nicht behandelt.

Das Bundesnaturschutzgesetz bietet die Möglichkeit, in bestimmten Gebieten den gesamten Bestand an Bäumen, Hecken oder anderen Landschaftsbestandteilen unter Schutz zu stellen. Die Länder haben in ihren Naturschutz- bzw. Landschaftspflegegesetzen diese Möglichkeit aufgegriffen und die Gemeinden oder Kreisverwaltungsbehörden zum Erlass von solchen Baumschutzverordnungen ermächtigt (BayNatSchG Art. 12 Absatz 2).

Eine Baumschutzverordnung stellt sicher, dass mit dem Baumbestand rücksichtsvoll und fachgerecht umgegangen wird. Dadurch können orts- und straßenbildprägende, alte und ökologisch wertvolle Bäume, die erhaltenswert sind, vor schädlichen Eingriffen bewahrt werden.

Der Entwurf der Baumschutzverordnung, Stand 05.03.2009, untersagt grundsätzlich, Bäume mit einem Stammumfang von 100 cm in einer Höhe von 1 m, innerhalb der örtlichen Bebauung zu entfernen, zu zerstören, zu schädigen oder ihren Aufbau wesentlich zu verändern. Ausnahmegenehmigungen können auf entsprechenden Antrag von der Gemeinde erteilt werden.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Damit nimmt die Gemeinde die in dem BayNatSchG Art. 12 Absatz 2 festgelegte Möglichkeit wahr, den Bestand an Bäumen und Sträuchern innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ganz oder teilweise durch eine Verordnung zu schützen.

Der Entwurf wird ergänzt, dass Nadelgehölze aufgenommen werden.

189 20 Beschluss: 11 : 9

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Agenda 21 auf Erlass der Baumschutzverordnung, Stand 05.03.2009, mit der Ergänzung „Nadelbäume“ § 4 Nr. 1 zu, die zum Bestandteil des Protokolls erklärt wird.
Die Verordnung tritt am 1. April 2009 in Kraft und ist ortsüblich bekannt zu machen.

Az.: 173/2
3.3; 3.0; 3.2; 3.4

- siehe Beilage -

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag des UFG Gesund e. V. i. G. auf finanzielle Unterstützung

Mit Schreiben vom 02.02.2009 beantragt Herr Erik El-Asaad für den in Gründung befindlichen Verein UFG Gesund finanzielle und ideelle Unterstützung durch die Gemeinde Unterföhring.

Das Antragsschreiben vom 02.02.2009 wird bekannt gegeben.

Für die Durchführung einer Aktion „Rundum Xund“ mit dem Thema Gesundheit wurde der Verein gegründet. Es wird um finanzielle Bezuschussung von 1,00 € je Einwohner gebeten; zudem wird als ideelle Unterstützung die zur Verfügungstellung der Schulaula für die Auftakt- und Schlussveranstaltung und die Bekanntmachung der diversen Aktionen im Veranstaltungskalender auf der Website der Gemeinde gewünscht.

Der Vorsitzende ergänzt den Vorlagenbericht der Verwaltung dahingehend, dass mit dem Zuschussbeitrag der Gemeinde eine Deckelung vorgesehen ist und ein entsprechender Verwendungsnachweis vorzulegen sei.

190 20 Beschluss: 15 : 5

Der Gemeinderat begrüßt die Gesamtktion Rundum Xund des Vereins UFG Gesund e. V. i. G. und gewährt gemäß Antrag des Vereins vom 02.02.2009 eine finanzielle Unterstützung hierfür von maximal 0,50 € je Einwohner im Jahr 2009.

Dieser Betrag bedeutet eine Deckelung; ein Verwendungsnachweis ist vorzulegen.

Außerplanmäßige Haushaltsmittel für das laufende Haushaltsjahr werden demgemäß zur Verfügung gestellt.

Des Weiteren wird die Schulaula für die Auftakt- und Schlussveranstaltung zur Verfügung gestellt, soweit dies terminlich machbar ist. Ebenso erfolgt eine Bekanntmachung der diversen Einzelaktionen im Veranstaltungskalender der Gemeinde (Homepage).

Az.:

0.1; 1.1; 2.1; Schule

Realisierung Kinderhaus Unterföhring Süd (Empfehlungsbeschlüsse des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses)

a) Vorüberlegungen zu den Außenanlagen und der Stellplatzsituation

b) Vorüberlegungen zur Fassadengestaltung

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 12.02.2009, Nr. G177 und Nr. 144 vom 27.01.2009 in Erinnerung, in dem sich der Gemeinderat der Entscheidung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 16.12.2008, Nr. G41, anschließt und der Planungsvariante „Langhaus“ mit den geplanten Geschossflächen von 2.100 m² (im Bebauungsplan Nr. 73/03 Straßäckerallee sind 1.800 m² festgesetzt) für das geplante Kinderhaus zustimmt.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Kellergeschoss ist in Stahlbetonbauweise auszuführen. Auf den sommerlichen Wärmeschutz ist bei der Planung und Realisierung besonders zu achten. Die Energieversorgung für die Wärmeleistung ist zu 50 % über Fernwärme und zu 50 % durch eine Wärmepumpe einzuplanen und auszuführen. Die Dachkonstruktion ist als flach geneigtes Dach mit bis zu 5° auszuführen. Eine Photovoltaik-Anlage in der Dachfläche (keine aufgeständerte Montage) ist ebenfalls vorzusehen.

Im Rahmen der erweiterten Entwurfsplanung wurde in der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusssitzung am 03.03.2009 die Stellplatzsituation behandelt. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss hat die Variante 3 (18 Tiefgaragenstellplätze und 17 oberirdische Kfz-Stellplätze) an der Ostseite des Grundstücks bzw. Nordseite des Grundstücks beschlossen. Der Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 03.03.2009, Nr. 111, wird zur Kenntnis gebracht.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich die Erläuterung „Empfehlungsbeschlüsse“ lediglich auf Untertagesordnungspunkt a) beziehe.

a) Vorüberlegungen zu den Außenanlagen und der Stellplatzsituation

Auf den Freiflächen im Westen und Süden des geplanten Kinderhauses sollen entsprechende Spielbereiche realisiert werden. Auf den westlichen und südlichen Freianlagen soll ein Fluchtsteg entstehen, der den Kindern auch zum Spielen zur Verfügung gestellt werden kann. Die Art der Spielgeräte für die Außenanlagen wird derzeit vom Architekturbüro Hirner & Riehl, München, geplant und dem Gremium in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt.

Das neu entstehende Kinderhaus soll für zehn Gruppen (fünf Kindergarten- und fünf Kinderkrippengruppen) geplant werden. Nach Auskunft des künftigen Betreibers Arbeiterwohlfahrt wird das Haus voraussichtlich mit sieben Kinderkrippengruppen und drei Kindergartengruppen (insgesamt 10 Gruppen) in Betrieb gehen, d. h., dass vorerst 75 Kindergartenkinder und 84 Krippenkinder betreut werden.

Als Personalschlüssel wurde von der Arbeiterwohlfahrt angegeben: 1:10 für die Kindergartenkinder und 1:5 für die Krippenkinder.

Daraus ergeben sich acht Betreuer für den Kindergarten und 17 Betreuer für die Kinderkrippe, dazu kommen drei Leiter/innen, vier Praktikanten und vier Mitarbeiter für die Küche und die Hauswirtschaft (insgesamt 36 Beschäftigte).

Gemeinden des Münchner Umlandes mit Stellplatzsätzen fordern in der Regel drei Stellplätze pro Gruppe – dies ist aus Sicht der Architekten Hirner & Riehl als untere Grenze anzusehen, wobei diese Grenze als „ausreichend“ im Sinne des Art. 47 BayBO eingestuft werden kann.

Im Hinblick auf den täglichen Betriebsablauf und die Tatsache, dass für die Bring- und Holzeiten für die Eltern ausreichende Parkmöglichkeiten geschaf-

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

fen werden sollten, wurden verschiedene Varianten – Unterbringung von 20/30/35 Stellplätzen auf dem zu beplanenden Grundstück – ausgearbeitet. Die drei Varianten werden in der Sitzung näher erläutert.

Als mögliche Standorte wurden folgende Bereiche für die Errichtung von Stellplätzen überprüft:

- nördlich des geplanten Gebäudes (Variante 1)
- östlich des geplanten Gebäudes (Variante 2)
- südöstlich und nördlich des geplanten Gebäudes (Variante 3).

Variante 1

Bei dieser Variante können insgesamt max. 17 bzw. 13 oberirdische Stellplätze als Senkrecht- bzw. als Schrägparker geschaffen werden.

Variante 2

Bei dieser Variante können insgesamt 18 oberirdische Stellplätze geschaffen werden. Dabei gingen die Spielflächen östlich des geplanten Gebäudes verloren.

Variante 3

Hierbei handelt es sich um eine kombinierte Tiefgaragenvariante, bei der insgesamt 35 Stellplätze (18 Tiefgaragenstellplätze und 17 oberirdische Kfz-Stellplätze) entstünden, wenn man mit der Parkierung komplett innerhalb der Grundstücksgrenzen bliebe (keine Aufstellung am Nordrand).

Die Rampe könnte zweckmäßigerweise am Süd-Ost-Bereich des Grundstücks untergebracht werden, da sonst im Nord-Osten für die Rampe Stellplätze weichen müssten.

Die 18 Stellplätze in der Tiefgarage könnten für die Mitarbeiter des Kinderhauses zur Verfügung stehen. Die 13 bzw. 17 oberirdischen Stellplätze (nördlich des geplanten Gebäudes) wären für die Eltern zum Bringen und Abholen der Kinder vorgesehen.

Die entstehenden Zusatzkosten für die Errichtung einer Tiefgarage werden auf ca. 450.000,00 € brutto geschätzt.

Weitere Varianten wurden im Hinblick auf die städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich nicht untersucht.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss hat vorberatend in der Sitzung am 03.03.2009 folgenden Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat ausgesprochen:

„Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss spricht sich für die Variante 3, kombinierte Tiefgaragenvariante (18 Tiefgaragenplätze und 17 oberirdische Kfz-Stellplätze), Stand 03.03.2009, aus.“

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

In der Sitzung des Gemeinderates werden die untersuchten Varianten für Außenanlagen und Stellplatzsituation vorgestellt und durch das planende Büro Hirner & Riehl, München, ausführlich erläutert.

191 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 03.03.2009 an und stimmt der Ausführung der Variante 3, kombinierte Stellplatzvariante (18 Tiefgaragenplätze und ca. 17 oberirdische Kfz-Stellplätze), Stand 03.03.2009, zu.

Gleichzeitig genehmigt der Gemeinderat die dadurch entstehenden Mehrkosten von ca. 450.000,00 € brutto.

Eine Tiefgaragenrampe über die geplante Zufahrt der oberirdischen Stellplätze ist zwingend einzuplanen.

b) Vorüberlegungen zur Fassadengestaltung

Dem Gemeinderat werden die ersten Vorüberlegungen zur möglichen Fassadengestaltung vorgestellt.

In den durch Dachüberstand und den Überstand des Spielbalkones witterungsgeschützten Bereichen wird von Seiten des planenden Architekturbüros, Hirner und Riehl, München, eine Glas – Holzfassade vorgeschlagen.

Die geschlossenen Fassadenteile sollen im Hinblick auf die geplante Bodenbelagsgestaltung eine unbehandelte Holzbekleidung aus Robinien- oder Eichenholz erhalten. Die Terrassen bzw. der Boden der Spielbalkone können ebenfalls mit diesen Holzarten belegt werden.

Die Glasfassade soll in Teilflächen mit farbigen Gläsern ausgeführt werden. Textiler Sonnenschutz ist an West- und Ostfassaden vorgesehen.

Für die Spielbalkone und Absturzsicherungen könnten geschosshohe Edelstahlnetze im Wechsel mit ebenfalls geschosshohen farbigen Elementen aus Faserzementplatten (diese können perforiert sein) angebracht werden. Denkbar wäre auch geschosshohe Eichenkanthölzer (mit 6 cm Abstand verlegt) im Wechsel mit farbigen Brüstungselementen aus Faserzementplatten (evtl. perforiert).

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss hat in der Sitzung am 03.03.2009 beschlossen, dass die Fassadengestaltung (Holzbauweise bzw. mit Holzelementen (unbehandeltes Robinien- oder Eichenholz) dem Gemeinderat vorzulegen ist. Dabei ist darauf zu achten, dass eine entsprechende Gesamtansicht der Fassadengestaltungsvarianten vorgestellt wird.

192 20 Beschluss: 19 : 1

Der Gemeinderat stimmt einer Fassadengestaltung in überwiegend Holzbauweise bzw. mit Holzelementen zu. Die geschlossenen Fassadenteile sind in

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

einer Holzbekleidung aus farbig lasiertem Holz auszuführen. Für die geplante Glasfassade (Teilfläche mit farbigen Elementen) und die geplante Fassadengestaltung in Holzbauweise bzw. mit Holzelementen sind entsprechende Musterflächen für die Entscheidung dem Gemeinderat vorzulegen. Eine Ausführung mit Faserzementplatten und geschosshohen Edelstahlnetzen kommt nicht in Betracht.

Az.: 6211
3.4; 3.1; 2.1

193

20

Realisierung Bürgerhaus; Sachstand zur Planung Bibliothek

In der Sitzung des Gemeinderates vom 12.02.2009 sollte der Gemeinderat auf Grund der Sachlage darüber entscheiden, ob zur Schaffung eines weiteren Büros innerhalb der Bibliothek eine Planungsänderung vorgenommen werden sollte. Auf Grund von Überlegungen, die sich kurz vor dem Sitzungstag am 11.02.2009 ergeben haben, haben die Büchereileitung, Frau Schulte-Wien, und Herr Dahm, Staatliche Landesfachstelle München, um Aufschub gebeten.

Der Erste Bürgermeister wurde in der Gemeinderatssitzung vom 12.02.2009 ermächtigt, eine kostenneutrale Lösungsvariante für den künftigen Raumbedarf der Bibliothek im Bürgerhaus zu genehmigen, um den Planungsablauf nicht zu gefährden.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 12.02.2009, Nr. 180, wird in Erinnerung gebracht.

In Abstimmung mit der Büchereileitung, Frau Schulte-Wien, Herrn Dahm, Staatliche Landesfachstelle München und dem planenden Architekturbüro, Werkgemeinschaft Guttenberger/Wiederkehr, Stuttgart, Herrn Guttenberger wurde am 13.02.2009 eine Lösung für die Raumorganisation gefunden, ohne dass ein zusätzliches Büro eingeplant werden muss. Eine Kostenerhöhung ist für die ausgewählte Lösung nicht erforderlich.

Die gewünschte Arbeitsplatzsituation im Erdgeschoss der Bibliothek wird über die Funktion des Thekenbereichs geschaffen. Das Mobiliar wird so gestaltet, dass die Buchnachbearbeitung ohne Beeinträchtigung erfolgt. Der Buchstapel kann auch bei Unterbrechung der Nachbearbeitung liegen bleiben.

Mit E-Mail vom 20.02.2009 hat sich Frau Schulte-Wien, Büchereileitung, für diese Lösung ausgesprochen und nimmt von ihrer ursprünglichen Forderung auf ein zusätzliches Büro Abstand.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: 610/4
3.4; 3.1; 2.0; 1.0; Bibliothek

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Frau Ebner verlässt den Sitzungs-
saal um 21.20 Uhr.

Aufstellungsbeschluss Änderungsbebauungsplan Nr. 41/85 an der Api- anstraße für die Errichtung eines Bowlingcenters

Der Bürgermeister berichtet über den Stand für die geplante Baumaßnahme eines Bowlingcenters an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190/6.

Das Bowlingcenter umfasst folgende Nutzungen in

Ebene 0 (Untergeschoss) mit einer Nettogrundfläche von 4.992 m²:

- Tiefgarage mit 220 Kfz Stellplätzen

Ebene 1 (Erdgeschoss) mit einer Nettogrundfläche von 4.820 m²:

- 52 Bowlingbahnen (inkl. zwei VIP-Loungen) mit 2.994 m²
- Counterbereich mit 444 m²
- Eingangs- und Zuschauerbereich mit 185 m²
- Terrasse und Balkon mit 157 m²
- Büros mit 17 m²
- Spielbereich (Dart und Tischfußball) mit 158 m²
- Barbereich mit 288 m²
- Gastronomiebereich mit 309 m²
- Küchen- und Sanitärbereiche 268 m²

Zwischenebene 1 mit einer Nettogrundfläche von 44 m²:

- Büros mit 44 m²

Ebene 2 (1. Obergeschoss) mit einer Nettogrundfläche von 1.439 m²:

- Zugangsbereich mit 54 m²
- Restaurant mit 128 m²
- Bar- Service- und Küchenbereich mit 216 m²
- drei Clubräume mit insgesamt 403 m² (166 m², 128 m² und 109 m²)
- Galerie Clubräume mit 114 m²
- Sanitärbereich mit 37 m²
- Balkon mit 57 m²
- Spielbereich (Billard) mit 430 m²

Ebene 3 (2. Obergeschoss) mit einer Nettogrundfläche von 1.176 m²:

- Zugangsbereich mit 114 m²
- Spielbereich (Snooker) mit 231 m²
- zwei Wohnungen für Betriebsleiter mit insgesamt 280 m²
- Büro mit 59 m²
- Personal- und Lagerräume mit 199 m²
- Technikbereiche mit insgesamt 293 m²

Außenbereich:

- Minigolfplatz mit 250 m²

Aus der Sicht des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses handelt es sich bei dem beantragten Bauvorhaben Bowlingcenter um eine Anlage für sportliche Zwecke. Gemäß § 8 Baunutzungsverordnung (BauNVO) ist eine solche Anlage in einem Gewerbegebiet (GE) zulässig. Für diesen Bereich gilt der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 41/86 an der Apianstraße, in dem der Umgriff als Gewerbegebiet festgesetzt ist.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Bauausschussbeschluss vom 30.09.2008, Nr. 41, wird in Erinnerung gebracht, in welchem dem Bauantrag mit folgenden Maßgaben zugestimmt wurde:

- Die Baugrenze darf gemäß der vorgelegten Planung im Süden um maximal 445 m² überschritten werden.
- Die Baugrenze darf gemäß der vorgelegten Planung im Westen um maximal 50 m² überschritten werden.
- Die festgesetzte Fläche für parkartige Bepflanzung im Süden ist zwingend von jeglicher Bebauung freizuhalten.
- Die Höhe der Attika darf im östlichen Baufenster um 0,55m überschritten werden, maximal 15,75 m Höhe.
- Die festgesetzte Dachbegrünung kann im Bereich der Bowlingbahn ausnahmsweise entfallen, wenn eine Photovoltaikanlage über diese gesamte Dachfläche aufgebracht wird. Dabei ist auf Vermeidung von Blendwirkung besonders zu achten.
- Der Errichtung von zwei Betriebswohnungen wird auf Grund des geplanten Schichtbetriebes zugestimmt.
- Eine Platzierung der beabsichtigten Minigolfanlage mit maximal 250 m² innerhalb der privaten Grünfläche kann gemäß den vorgelegten Planunterlagen errichtet werden.
- Es sind mindestens 220 Kfz-Stellplätze (einschließlich behindertengerechte Stellplätze) auf dem Grundstück zu errichten und dauerhaft zu unterhalten.

Im Erörterungsgespräch des Landratsamtes München am 26.02.2009 wurde von diesem festgestellt, dass eine Befreiung vom rechtsgültigen Bebauungsplan Nr. 41/86 für eine Vergnügungsstätte nicht ausgesprochen werden kann. Das Landratsamt München vertritt die Ansicht, dass es sich bei diesem Bowlingcenter weder um eine Anlage für sportliche Zwecke noch um einen Gewerbebetrieb aller Art handelt, sondern als Vergnügungsstätte einzustufen ist. Eine Vergnügungsstätte gem. § 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO ist gekennzeichnet u.a. durch kommerzielle Freizeitgestaltung.

Bei dem Behördengespräch am 26.02.2009 im Landratsamt München wurde angeregt, dass das geplante Bowlingcenter um die beantragten Nutzungen (Clubräume, Gastronomie, Verkaufsbereich) reduziert wird, um dadurch eine Anlage für sportliche Zwecke gemäß § 8 BauNVO zu begründen (im festgesetzten Gewerbegebiet zulässig). Der Antragsteller Herr Knöbl (Firma BERLTO GmbH & Co.KG, München) erläutert, dass das Vorhaben als Gesamtkonzept mit den beantragten Nutzungen (Clubräume, Gastronomie, Verkaufsbereich) zwingend erforderlich ist. Sollte hier eine Reduzierung vorgenommen werden, wird Herr Knöbl das Vorhaben nicht realisieren.

Der Bürgermeister bringt den schriftlichen Antrag des Architekturbüros Ruck, Stuttgart, auf Änderung des Bebauungsplans vom 27.02.2009 in Erinnerung. Dieser Antrag wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Im Gespräch beim Landratsamt München am 26.02.2009 empfehlen Herr Schuster und Herr Ottner als Behördenvertreter ein Änderungsbebauungs-

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

planverfahren mit folgenden Eckpunkten durchzuführen:

- Entfall des festgesetzten Fuß- und Radweges östlich des geplanten Bowlingcenters, verlaufend in Richtung der nördlichen Stadtgrenze
- Entsprechende Festsetzungen zur Einhaltung der Immissionsschutzwerte (u.a. angrenzende Wohnbebauung).

Im Bebauungsplan ist die Nutzungsart als Vergnügungsstätte festzusetzen. Dieses Bebauungsplanverfahren kann im vereinfachten Verfahren nach § 13 a und § 13 BauGB von der Gemeinde durchgeführt werden.

Im Rahmen der Nachbarbeteiligung wurde von den Eigentümern der südlich angrenzenden Wohnbebauung (liegt auf dem Stadtgebiet München) Bedenken gegen das Bowlingcenter vorgebracht. Das Schreiben vom 18.02.2009 des Rechtsanwaltes Prof. Dr. Hauth (Vertreter der WEG Regina-Ullmann-Straße und Preziosastraße) wird zu Kenntnis gebracht. In diesem Schreiben wird auf mögliche negative Auswirkungen durch die Errichtung des Bowlingcenters hingewiesen, insbesondere, dass ein Fuß- und Radweg direkt in das Wohngebiet führt und dadurch große Probleme durch die Nutzer befürchtet werden (Lärm, Parkplatzkonflikte, etc.).

Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist die Einhaltung der Immissionsschutzwerte (Erstellung Schallschutzgutachten) und der Entfall des festgesetzten Fuß- und Radweges östlich des geplanten Bowlingcenters zur nördlichen Stadtgrenze.

Die Bauantragsunterlagen und der rechtsgültige Bebauungsplan 41/86 werden zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert.

Der Aktenvermerk der Gemeinde Unterföhring vom 03.03.2009 wird zur Kenntnis gebracht.

Der Planentwurf des Bebauungsplans 41a/09, Stand vom 11.03.2009, ausgearbeitet vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, wird dem Gremium erläutert.

Nach eingehender Beratung beantragt der Vorsitzende eine dreiminütige Sitzungsunterbrechung um 21.25 Uhr. Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem einstimmig zu. Gemeinderatsmitglied Frau Ebner war nicht anwesend.

Die Sitzung wird um 21.28 Uhr weitergeführt.

Von Herrn Weingärtner wird dahingehend eine getrennte Abstimmung hinsichtlich des strittigen Weges beantragt.

Der Vorsitzende lässt demgemäß zunächst über den Entfall des Weges abstimmen.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Entfall des bisher festgesetzten Fuß- und Radweges

194 19 Beschluss: 17 : 2

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass der bisher festgesetzte Fuß- und Radweg östlich des Bauraumes zur nördlichen Stadtgrenze hin entfällt.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Ebner war nicht anwesend.

Des Weiteren lässt der Vorsitzende über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen.

195 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass an dem Standort an der Apianstraße das beantragte Bowlingcenter mit 52 Bowlingbahnen, Gastronomiebereich, VIP-Loungen und Spielbereichen (Billard, Snooker, Dart, Tischfußball) mit rund 7.500 m² Nettogrundfläche für die Ebenen 1 bis 3 realisiert werden soll. Das geplante Vorhaben wird als Vergnügungsstätte festgesetzt.

Der Gemeinderat stimmt einer Änderung des Bebauungsplans Nr. 41/86 an der Apianstraße mit folgenden Eckpunkten zu:

- Zwingende Einhaltung der Immissionsschutzwerte
- Festlegung der Nutzungen für Bowling, Gastronomiebereich mit 309 m², Verkaufsbereich mit 16 m², Spielbereichen mit rund 700 m², VIP-Loungen, Restaurant im 1. Obergeschoss mit 128 m², Parkgarage mit 220 Parkplätzen und Errichtung von maximal zwei Betriebsleiterwohnungen und darüber hinaus keine anderweitige Nutzung.

Einem Minigolfplatz in der Grünfläche wird nicht zugestimmt.

Es ist ein Änderungsbebauungsplan Nr. 41a/09 an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190/6 und Fl.Nr. 1190 Tfl., aufzustellen (rechtsgültiger Bebauungsplan 41/86 an der Apianstraße). Das Änderungsbebauungsplanverfahren ist im vereinfachten Verfahren gem. § 13 a i.V.m. § 13 BauGB durchzuführen. Der Änderungsbebauungsplanentwurf (Änderung des Bebauungsplanes Nr. 41/86) in der Fassung vom 12.03.2009 wird gebilligt.

Mit der Ausarbeitung und Durchführung des Änderungsbebauungsplanverfahrens wird der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München beauftragt. Soweit erforderlich, sind entsprechende Fachplaner (u. a. Immissionsschutz) zu beauftragen. Die Kosten trägt der Antragsteller.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Ebner war nicht anwesend.

Az.: 6024
3.1; 3.2; 3.3; 2.1; 1,0

Frau Ebner kommt um 21.35 Uhr
in den Sitzungssaal zurück.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Konjunkturpaket II 2009; Sachstand und Maßnahmen der Gemeinde

Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 3. März 2009, AZ.: IIC1-4754-001/09, wurde den Gemeinderäten zugestellt. Der Sachstandsbericht der Umweltabteilung wird in der Sitzung zur Kenntnis gegeben. Darin werden die Grundlagen des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (ZuInvG) sowie deren Umsetzung im Freistaat Bayern erläutert und die möglichen Maßnahmen der Gemeinde vorgestellt.

Die Förderkriterien des Konjunkturpakts II gelten vorbehaltlich der noch abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes.

Nach der derzeitigen Verwaltungsvereinbarung der Förderrichtlinie fördert der Freistaat Maßnahmen zur energetischen Modernisierung von kommunalen Gebäuden. Dazu gehören insbesondere

- Maßnahmen zur Verringerung von Transmissionswärmeverlusten, wie z.B. Verbesserung der Wärmedämmung von Außenwänden, Fenstern, Dächern, Geschossdecken nicht ausgebauter Dachräume, Kellerdecken, Rohrleitungen,
- die energetische Verbesserung durch Einbau, Erneuerung oder Optimierung von Heizungsanlagen, Lüftungsanlagen, Fenstern, Sonnenschutzrichtungen, einschl. Einbau von Sonnenschutzverglasungen, Beleuchtung, Kühleinrichtungen, Pumpen und Regeleinrichtungen,
- der Einbau von oder Anschluss an Anlagen, die der Verminderung des Primärenergiebedarfs dienen, z.B. solarthermische Anlage, Pellet- oder Hackschnitzelheizungen, Erdwärmesonden. Voraussetzung dafür sind Maßnahmen zur Verringerung von Wärmeverlusten (siehe Punkt 1!),
- der hydraulische Abgleich der Heizungsanlagen,
- die für die Maßnahmen notwendigen Planungs- und Beratungsleistungen und
- die für eine zügige Realisierung erforderlichen Maßnahmen, z.B. Behelfsbauten.

Im Zusammenhang mit der energetischen Sanierung der Gebäude können sonstige Maßnahmen mitgefördert werden, wie z.B.

- Erneuerung der Anstriche und Böden,
- notwendige Brandschutzmaßnahmen sowie
- Maßnahmen zur Barrierefreiheit.

Darüber hinaus können bei Schulen dringend notwendige und bedarfsgerechte Ausstattungen, insbesondere IT-Ausstattungen, mitgefördert werden, soweit sie im Vergleich zur energetischen Modernisierung untergeordnet sind.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für die Gewährung eines Zuschusses gelten folgende Voraussetzungen:

- Eine Förderung wird nur für zusätzliche Investitionen gewährt. Die Kommune bestätigt die Zusätzlichkeit im Rahmen des Bewerbungsverfahrens.
- Das geförderte Gebäude muss längerfristig für Zwecke der Infrastruktur genutzt werden.
- Das Gebäude muss sich in einem energetisch nachteiligen Zustand befinden. Das ist regelmäßig anzunehmen, wenn das Gebäude vor dem Jahr 1990 errichtet und danach nicht umfassend energetisch modernisiert worden ist.
- Das Gebäude muss regelmäßig beheizt werden.
- Das Gebäude ist nach den Anforderungen der Energieeinsparverordnung – EnEV vom 24. Juli 2007 zu modernisieren.
- Denkmalflegerische sowie zivilrechtliche Vorschriften sind zu beachten.
- Die Maßnahmen sollen beispielgebend sein und sich auch durch gestalterische Qualität auszeichnen.

Die Förderung erfolgt als Projektförderung im Wege der Festbetragsfinanzierung durch einen Zuschuss in Höhe von 87,5 % der förderfähigen Kosten. Somit ergeben sich folgende Maximalförderhöhen:

- bei Maßnahmen der energetischen Modernisierung höchstens 525 €/je m² beheizter Netto-Grundfläche,
- bei sonstigen Maßnahmen höchstens 175 €/je m² beheizter Netto-Grundfläche und
- bei der Ausstattung höchstens 350 €/je Schulklasse.

Nach dem derzeitigen Stand und der noch abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung ist für folgende kommunale Gebäude die Förderfähigkeit nicht gegeben.

Rathaus:

energetische Modernisierung ist keine zusätzliche Investition, da Sanierung bereits beschlossen ist; des Weiteren ist nach dem aktuellen Planungsstand der Realisierungszeitraum nicht gegeben (Abschluss der Maßnahme bis 2011).

Gemeindehalle:

keine längerfristige Nutzung der Infrastruktur (Neubau langfristig geplant)

Bauhof:

keine längerfristige Nutzung (u. a. Neubau bereits im Finanzplan enthalten)

Kindergarten 1:

energetisch modernisiert im Jahr 2007 (evtl. energetische Beleuchtung förderfähig)

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eulitzhaus:
Abbruch beschlossen

Folgende Gebäude könnten nach dem jetzigen Stand energetisch modernisiert werden:

Schule:
sehr hohe Investitionskosten, d.h. hoher Eigenanteil erforderlich

Kläranlage:
Aufwand gerechtfertigt?

Kindergarten 2:
Aufwand gerechtfertigt (energetisch nachteiliger Zustand?)

Feuerwehrhaus:
Aufwand gerechtfertigt (im größten Teil des Gebäudes nur zeitweise Aufenthalt von Personen)?

Fezi:
Aufwand gerechtfertigt (energetisch nachteiliger Zustand?)

Feringahaus (gemeindlicher Teil)
Klärung, ob Begegnungseinrichtung eines kommunalen Trägers? Sehr hohe Kosten, Logistikprobleme (zeitweise Umsiedlung der Bewohner – Stichwort „Warme Sanierung“)

Zindlerhaus:
Mehrgenerationenhaus geplant

Herr Rott verlässt den Sitzungssaal um 21.36 Uhr.

196 19 Beschluss: 19 : 0

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die geschätzten Kosten für die Sanierung der folgenden förderfähigen öffentlichen Gebäude gemäß den Anforderungen der Energieeinsparverordnung zu ermitteln und dem Gemeinderat zu berichten.

Der Gemeinderat beschließt die energetische Modernisierung folgender öffentlicher Gebäude, sofern Geldmittel aus dem Konjunkturpaket II hierfür bewilligt werden:

Grundschule (Altbau),
Kindergarten 2,
Feringahaus (sozialer und gemeindlicher Bereich).

Die entsprechenden Förderanträge werden gestellt. Der Bürgermeister wird grundsätzlich ermächtigt, entsprechende Anträge zu stellen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Rott war nicht anwesend.

Az.: 943
3.3; 3.4; 2.0; 3.0

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Austausch der Unterflurcontaineranlage für Papier und Glas am Schramelweg;

Der Bürgermeister berichtet, dass seit dem Abzug des oberirdischen Papiercontainers am Spielplatz am Dorfangerweg (4 m³) im November 2008 der Unterflurcontainerstandort am Schramelweg (3 x 3 m³ Glas, 3 x 3 m³ Papier) höher frequentiert wird und damit häufiger Probleme in Form von verstopften bzw. überfüllten Containern auftreten. Diese Unterflurcontainer wurden im Jahr 2000 errichtet und stammen von der Firma Otto, 57223 Kreuztal.

Ebenso besteht die Problematik, dass gegenüber allen weiteren im Gemeindegebiet aufgestellten Unterflurcontainern die Einwurfschlitze sehr eng sind, was die Verstopfungsproblematik verstärkt und durch die Beschaffenheit der Container dann auch nicht so einfach wieder gelöst werden kann. In diesem Fall muss nach Angaben des Herstellers der Container dafür extra herausgehoben und umgelegt werden, um den Einwurfschacht von der Verstopfung befreien zu können.

Des Weiteren verbiegen sich die Zugstangen häufiger und sind damit sehr wartungsintensiv. Die Niete zur Befestigung des Containerkörpers verlieren ihre Haltbarkeit und müssen nach und nach ausgetauscht werden. Der Lack blättert an vielen Stellen bereits ab.

Um die Probleme zu reduzieren, wäre ein Austausch der Unterflurcontainer zweckdienlich. Die Firma H & G, 57299 Burbach, bietet an, für diesen Standort maßangefertigte Container zu bauen. Damit können die vorhandenen Betonschächte bestehen bleiben und nur die Container an sich werden ausgetauscht. Der Vorteil dabei wäre, dass nicht nur das Einwurfsystem und die Containertechnik auf einem technisch aktuelleren Stand sind, sondern dass zwei Papiercontainer mit größeren Kapazitäten (2 x 5 m³) bestellt werden können. Es sind bereits zwei Betonschächte dafür vorhanden.

Die Möglichkeit nur zwei Papiercontainer von der Firma Otto zu Gunsten größerer Container austauschen zu lassen, besteht nach Auskunft von Herrn Werner, Firma Otto, 57223 Kreuztal, nicht mehr, da auch diese inzwischen die Containerformate verändert haben und keine maßangefertigten Container anbieten.

Ein Angebot für einen möglichen Austausch der Unterflurcontainer wurde von der Firma H & G, 57299 Burbach, eingeholt. Die Firma H & G ist Hersteller der Standorte Feuerwehrparkplatz, Bergstraße, St.-Emmeram-Weg und Blumen-/Fichtenstraße. Ihre Unterflurcontainer für Papier besitzen die größten Einwurfsklappen und ihre Glascontainer sind mit einer Fallbremse und einer Lärmdämmung aus Spezialschaum ausgestattet.

Von der Verwaltung wird daher vorgeschlagen, die bestehenden Unterflurcontainer der Firma Otto durch Unterflurcontainer der Firma H & G zu ersetzen. Die Firma H & G passt die Sammelbehälter der vorhandenen Vorrichtung an. Es sind daher keine erneuten Aushubarbeiten notwendig. Die bestehenden Betonschächte bleiben bestehen. Das Angebot der Firma H & G,

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

57299 Burbach, vom 26.01.2009, beläuft sich beim Austausch von drei Glascontainern (weiß, grün, braun) mit je 3m³, einem Papierbehälter mit 3m³ und zwei Papierbehältern mit je 5m³ auf 28.708,75 € brutto, zzgl. Montage nach Aufwand.

Auf der Haushaltsstelle 5800.5010 sind Mittel in Höhe von 190.000,- € in 2009 bereitgestellt.

197 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Austausch der bestehenden Unterflurcontaineranlage am Schramelweg von derzeit 3 x 3 m³ Glas und 3 x 3 m³ Papier auf 3 x 3 m³ Glas und 2 x 5 m³ und 1 x 3 m³ Papier durch die Firma H & G, 57299 Burbach, zu einem Bruttoangebotspreis von 28.708,75 € brutto zzgl. Montage nach Aufwand, laut Angebot vom 26.01.2009, wird zugestimmt. Auf der Haushaltsstelle 5800.5010 sind Mittel in Höhe von 190.000,- € in 2009 bereitgestellt. Die Kosten werden auf die Haushaltsstelle 5800.5010 gebucht.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Rott war nicht anwesend.

Az.: 176/3
3.3; 3.1; 2.0

In diesem Zusammenhang wird von Gemeinderatsmitglied Herrn Prieler angefragt, weshalb die Container am Feuerwehrhaus besonders häufig überfüllt seien. Der Vorsitzende antwortet hierauf, dass dies hauptsächlich dadurch bedingt sei, dass zum einen die Kartonagen oft nicht ausreichend zerkleinert würden und zum anderen dieser Platz besonders gut angenommen wird. Herr Prieler möchte auch wissen, ob es Beschwerden bezüglich der Container an der Straßäckerallee/Ecke Hofäckerallee gäbe. Der Bürgermeister antwortet hierauf, dass derzeit keine aktuellen und aus früherer Zeit nur wenige Klagen vorlägen.

Herr Rott kehrt um 21.40 Uhr in
den Sitzungssaal zurück

Antrag des SPD-Ortsvereins Unterföhring auf finanzielle Bezuschussung anlässlich des 100-jährigen Gründungsfestes

Vor Eintritt in die Sachdiskussion teilen Herr Weingärtner und Frau Schödl mit, dass sie an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilnehmen werden, da sie als 1. Vorsitzender bzw. 2. Vorsitzende des Ortsvereins hierbei persönlich beteiligt seien.

Der SPD-Ortsverein Unterföhring stellt mit Schreiben vom 23.02.2009 den Antrag auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 3.000,- € anlässlich des 100-jährigen Bestehens.

Der Antrag des Ortsvereins Unterföhring wird bekannt gegeben.

In der Sitzung vom 15.01.2009 (Beschluss-Nr. 157) hat der Gemeinderat grundsätzlich festgelegt, dass die Jubiläen von örtlichen Vereinen und Orga-

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

nisationen künftig nur noch bei den klassischen Jubiläen von 25, 50, 75, 100 Jahren usw. von der Gemeinde finanziell unterstützt werden. Die Höhe der finanziellen Unterstützung für die jeweiligen Vereine wird individuell festgelegt. Die Regularien gelten ab dem Jahre 2010.

In einem weiteren Beschluss (Beschluss-Nr. 158) vom 15.01.2009 wurde nicht ausgeschlossen, dass politische Parteien und Gruppierungen ebenfalls unterstützt würden.

Von Seiten der Verwaltung wird vorgeschlagen, dem Ortsverein der SPD Unterföhring anlässlich des 100-jährigen Bestehens einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 3.000,- € zu gewähren.

Gemeinderatsmitglied Frau Hoffmann berichtet, dass bei der Gründung 1909 damals drei Kommunen, nämlich Ismaning, Ober- und Unterföhring beteiligt gewesen waren und im Jahr 1910 sich dann die einzelnen Gemeinden in die Ortsvereine abgespalten haben.

Intern wurde deshalb festgelegt, die Mittel, die zunächst mit Schreiben vom 23.02.2009 beantragt wurden, erst für die Mittelanmeldung beim Haushalt 2010 zu erbitten. Im Jahr 2009 soll nur eine kleine Feier zum Jubiläum stattfinden.

198 18 Beschluss: 13 : 5

Der Gemeinderat folgt dem Antrag des Ortsvereins der SPD Unterföhring vom 23.02.2009 und dem mündlichen Antrag von Frau Hoffmann und spricht sich dafür aus, dass anlässlich des 100-jährigen Bestehens im Jahr 2010 ein Zuschuss in Höhe von 3.000,- € gewährt wird.

Haushaltsmittel werden hierfür im Jahr 2010 entsprechend vorgesehen.

Die Gemeinderatsmitglieder Frau Schödl und Herr Weingärtner haben sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Az.:
1.1; 2.1

Antrag des Soldaten- und Kriegervereins Unterföhring auf Zulassung von Ehrenschießwettbewerben mit Handböllern anlässlich von Beerdigungen von Vereinsmitgliedern sowie der Vereinsmesse

Mit Schreiben vom 20.02.2009 (Posteingang 26.02.2009) beantragt der Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring bei Beerdigungen von Vereinsmitgliedern und bei der jährlichen Vereinsmesse im März, wo den gefallenen und verstorbenen Mitgliedern und Angehörigen gedacht wird, die Genehmigung für das Ehrenschießen anstatt des bisherigen Gewehres die kleineren Handböllern durch die Böllerschützen ersetzen zu dürfen.

Das Schreiben des Soldaten- und Kriegervereins Unterföhring vom 20.02.2009 wird bekannt gegeben.

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

199 20 Beschluss: 17 : 3

Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden, dass gemäß Antrag des Soldaten- und Kriegervereins Unterföhring vom 20.02.2009 künftig bei Beerdigungen von Vereinsmitgliedern sowie bei der jährlichen (einmaligen und eigenen) Vereinsmesse anstelle von drei Gewehrschüssen diese durch kleinere Handböller ersetzt werden dürfen.
Die entsprechenden Auflagen der Gemeinde müssen hierzu eingehalten werden.

Az.: 135
1.21; 1.11

Antrag des Museum- und Heimatvereins Feringer Sach auf finanzielle Unterstützung für die Beteiligung an einem Weihnachtsmarkt in der Partnerstadt Tarcento im Jahr 2009

Im Rahmen eines Gesprächs (Gesprächsnotiz vom 10.01.2009) teilt der Museum- und Heimatverein Unterföhring „Feringer Sach“ mit, dass beabsichtigt wird, in der Partnerkommune Tarcento zum 1. Advent 2009 einen Weihnachtsmarkt durchzuführen, auf dem bayerisches und Unterföhringer Brauchtum zur Advents- und Weihnachtszeit gezeigt werden soll. Der Weihnachtsmarkt soll am 27.11.2009 von den Bürgermeistern aus Tarcento und Unterföhring eröffnet werden.

Die Gesprächsnotiz des Vereins vom 10.01.2009 wird bekannt gegeben.

Der Verein möchte das grundsätzliche Einverständnis der Gemeinde für diese partnerschaftliche Veranstaltung einholen und zugleich die einmalige Übernahme der Kosten für einen Reisebus für ca. 30 Personen übernommen haben.

Hinzukämen noch ggf. Tassen (ca. 500 Stück) mit dem Unterföhringer Wappen, deren Kosten ebenfalls durch die Gemeinde Unterföhring übernommen werden sollten.

Von Gemeinderatsmitglied Frau Hoffmann wird angefragt, ob bei freien Plätzen auch ggf. Vertreter des Gemeinderats gemeinsam mit dem Museumsverein mitfahren können.

200 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, dass der Museum- und Heimatverein in der Partnerstadt Tarcento zum 1. Advent 2009 am Weihnachtsmarkt teilnimmt und dabei bayerisches und Unterföhringer Brauchtum zur Advents- und Weihnachtszeit vorstellt.

Hierfür werden ausnahmsweise die anfallenden Kosten für die Anfahrt durch einen Reisebus (für ca. 30 Personen) von und nach Tarcento übernommen. Des Weiteren erklärt sich der Gemeinderat bereit, die Kosten für die Anfertigung von Tassen (ca. 500 Stück) mit dem Unterföhringer Wappen

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

zu übernehmen.

Der Pauschalzuschuss pro Person gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 12.06.2008, Nr. 45, bleibt unverändert.

Für die Genehmigung zur Anbringung des Wappens in Originalform wird das Einverständnis erteilt.

Die ausnahmsweise und einmalig entstehenden Kosten für den Reisebus und die Anfertigung der Tassen werden auf der Haushaltsstelle „Gemeindeparknerschaft“ ggf. auch als überplanmäßige Ausgaben verbucht und als solche von der Gemeinde übernommen.

Az.: 0231

0.1; 1.1; 2.1

Antrag auf Verwendung des gemeindlichen Wappens für das Feringa Ärztenetz i. G.; nachträgliche Zustimmung

Mit Schreiben vom 09.02.2009 beantragt die Gemeinschaftspraxis Dr. H. und B. Schub, Münchner Straße 21 c, Unterföhring, das Wappen der Gemeinde Unterföhring (neben dem Wappen der Gemeinde Ismaning) auf der Website des in Gründung befindlichen Vereins Feringa Ärztenetz verwenden zu können. Das Ärztenetz ist als eingetragener gemeinnütziger Verein geplant. Das Schreiben vom 09.02.2009 wird bekannt gegeben.

Die Hausärzte aus Ismaning und Unterföhring planen ein praxisübergreifendes Ärztenetz mit Serviceangeboten für die Bevölkerung, wie Abendsprechstunden für Notfälle bis 20.00 Uhr an den Werktagen, kollegiale Vertretungen, gemeinsame Fortbildungen, Informationsveranstaltungen für Patienten etc.

Nachdem die Entscheidung über die Verwendung des Wappens sehr dringlich war und in der letzten Gemeinderatssitzung nicht mehr angesprochen werden konnte, wurde mit Schreiben vom 17.02.2009 der Gemeinschaftspraxis bzw. dem Verein Ärztenetz i. G. die Zustimmung in stets widerruflicher Weise gestattet.

Das Schreiben vom 17.02.2009 der Gemeinde Unterföhring wird bekannt gegeben.

Die Gemeinde Ismaning hat der Verwendung des Wappens bereits zugestimmt.

201 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat erklärt nachträglich seine Zustimmung zur Verwendung des gemeindlichen Wappens durch den Verein Ärztenetz i. G. (Ismaning/Unterföhring) gemäß Art. 4 Abs. 3 GO nach Schreiben der Gemeinde vom 17.02.2009. Der Gemeinderat geht davon aus, dass es sich nicht nur um einzelne Ärzte, sondern eben um eine größere Gemeinschaft von Ärzten handelt.

Az.: 0211

0.1

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bekanntgaben und Anfragen

Vom Vorsitzenden werde folgende Informationen weitergegeben:

- ❖ Der Erste Bürgermeister gibt ein Schreiben der Baugesellschaft München-Land bekannt, wonach diese die Auszeichnung Ökoprot für die Wohnanlage St.-Valentin-Weg 20 in Unterföhring erhalten habe. Die Gemeinde gratuliert hierzu herzlich.
- ❖ Der Erste Bürgermeister gibt den Gedanken für die Errichtung eines Gemeindebackofens in Unterföhring anhand des Beispiels in der Partnerkommune Kamsdorf weiter und bittet die Mitglieder des Gemeinderats hierüber nachzudenken.
- ❖ Anschließend wird das Schreiben des Landratsamtes München vom 27.01.2009 zur Verbesserung der Lebensqualität in Unterföhring Süd bekannt gegeben.
- ❖ Akzeptanz Energiesparförderprogramm Unterföhring:
Der Bürgermeister gibt bekannt, dass seit der Änderung des Energiesparförderprogramms im Gemeinderat am 15.01.2009 unter der Nr. 152, inzwischen fünf Anträge zur Förderung des Fensteraustausches gestellt wurden. Die Nachfrage diesbezüglich ist bei den Bürgern sehr hoch, jedoch hauptsächlich bei den Hausbesitzern die einen Fensteraustausch planen und erst durchführen werden.
- ❖ Vom Vorsitzenden wird weiter berichtet, dass die rechtsaufsichtliche Behandlung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2009 (Schreiben des Landratsamtes München vom 09.03.2009 mit Hinweisen zur GEOVOL usw.) erfolgt ist.
- ❖ Des Weiteren wird der Inhalt des Schreibens der Deutschen Telekom an Frau Landrätin Johanna Rumschöttel vom 09.02.2009 bekannt gegeben, in welchem die äußerst positive Breitbandsituation in der Gemeinde Unterföhring ersichtlich ist.
- ❖ Der Erste Bürgermeister informiert die Mitglieder des Gemeinderats, dass es im Bereich der Kindertagesstätten (hier Arbeiterwohlfahrt), aber auch im Senioren- und Pflegebereich (hier Firma Meurer GmbH) Personalknappheit gäbe. Er führt aus, dass die Gemeinde bei der Personalgewinnung mithilfe (Schreiben an die Gemeinde Kamsdorf) sowie bei der Wohnraumbeschaffung behilflich sei.
Eine unterjährige Aufnahme der Kinder ist deshalb aus diesen Gründen, aber auch aus Gründen der Altersmischung beispielsweise für die Krippe in der Straßäckerallee nicht möglich.
- ❖ Es wird weiter dargestellt, dass voraussichtlich in den Osterferien die Straßensanierungsarbeiten in verschiedenen Abschnitten der Münchner Straße durchgeführt würden.
- ❖ Der Vorsitzende informiert über die geplante Sprengung am 17.03.2009 im Heizkraftwerk München-Nord.
- ❖ Weiter wird mitgeteilt, dass die staatliche Realschule Ismaning den Physiksaal zwischenzeitlich seit 12.03.2009 wieder in Betrieb genommen hat. Die Möglichkeit einer Neumöblierung wird geprüft. Hinsichtlich der Aufstellung von Spielgeräten auf den Freiflächen gibt es noch keine konkreten Anträge. Die Bereitschaft des Zweckverbandes

13. Sitzung des Gemeinderates vom 12.03.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

etwas aufzustellen, wurde, wie bereits berichtet, bestätigt. Nun gilt es zum einen das Ende des Winters bzw. die entsprechenden Anträge abzuwarten.

Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats:

- ❖ Von Frau Michal wird angefragt, wie viele Gruppen in der neuen Interimskindertagesstätte an der Straßäckerallee nicht belegt sind. Der Vorsitzende antwortet hierauf, dass derzeit eine Kindergartengruppe sowie zwei Krippengruppen freistünden. Der Bedarf im Kindergartenbereich konnte ziemlich genau gedeckt werden. Im Krippenbereich gab es sowohl personelle Engpässe als auch Probleme bezüglich der Altersmischung der Kinder, wie bereits berichtet.
- ❖ Von Frau Michal wird weiter angefragt, ob die Sanierungsarbeiten Beeinträchtigungen beim Bau des Bürgerhauses haben. Hierauf wird geantwortet, dass grundsätzlich keine Beeinträchtigungen bekannt sind.
- ❖ Von Herrn Zehetmair wird angefragt, wann die Ertüchtigung der Brücke über den Kanal im Nordbereich erfolge (Verschiebung auf 2010). Der Vorsitzende antwortet, soweit ihm bekannt, wäre die Planungsphase 2009, die Realisierungsphase 2010 vorgesehen.
- ❖ Es wird weiter von Herrn Zehetmair angefragt, ob die Verlegung des Autobahnanschlusses B 471/M3 zügig erfolge. Hierzu wird mitgeteilt, dass keine neueren Erkenntnisse vorlägen.

Der Vorsitzende dankt den Mitgliedern des Gemeinderats für ihre Teilnahme sowie den Zuhörern und der Presse für ihr Interesse, wünscht schöne Ostertage und schließt die öffentliche Gemeinderatssitzung um 22.05 Uhr.

Schwarz
Erster Bürgermeister



Keil
Schriftführerin